

Hamburg, den 20.02.2006

Antrag für die Sitzung der Bezirksversammlung am 2. März 2006

Für ein fahrradfahrerfreundliches Wandsbek!

Seit dem Antritt des ersten Beust-Senats im Jahre 2001 hat sich die Situation für Fahrradfahrer kontinuierlich verschlechtert. Die Mittel zur Förderung des Radverkehrs wurden ersatzlos gestrichen, das Velorouten-Programm aufgegeben und die ohnehin knappen Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung von öffentlichen Straßen und Wegen um über 42 % gekürzt, worunter auch die Radwege zu leiden haben. Diese und Maßnahmen wie die Einführung eines Entgelts von 3 Euro für die Mitnahme von Fahrrädern in HVV-Regionalverkehrszügen führten dazu, dass Hamburg 2005 das Schlusslicht beim Fahrrad-Klimatest, in dessen Rahmen 28 deutsche Großstädte untersucht wurden, bildete, und sich anders als München, Frankfurt, Berlin und Köln im Vergleich zu den Ergebnissen von 2003 auch noch verschlechterte.

Mittlerweile sieht auch die Regierungsfraktion ein, dass sie bislang eine falsche Radverkehrspolitik verfolgt hat, und kündigte einen Kurswechsel an. Dass es in Hamburg rund zweieinhalbmal so viele Radfahrer gibt wie noch 1984 hat sie offenbar aufwachen lassen.

In diesem Zusammenhang möge die Bezirksversammlung beschließen:

Die Bezirksversammlung

1. bittet die Verwaltung, dem zuständigen Ausschuss mitzuteilen, welche Radwege im Bezirk Wandsbek dauerhaft benutzungspflichtig bleiben sollen, und darzulegen, wie sie diese Radwege von Grünbewuchs freihalten und wie schadhafte Stellen ausgebessert werden sollen, damit diese Radwege dauerhaft der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) entsprechen,
2. fordert, dass hierfür die Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung öffentlicher Straßen und Wege und damit auch für Geh- und Radwege im nächsten Haushaltsjahr merklich erhöht werden, da anderenfalls dieses Ziel nicht erreicht werden kann,
3. bittet die Verwaltung, dem zuständigen Ausschuss über die Verwendung der auf den Bezirk Wandsbek entfallenden Mittel aus dem 7-Mio-Euro-Sonderprogramm zur Beseitigung von Schäden an Straßen und Radwegen im Detail zu berichten,
4. erwartet, dass das Falschparken auf Geh- und Radwegen von Polizei und Bezirklichem Ordnungsdienst konsequent geahndet wird, und
5. erwartet, dass beim Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzungen von Straßen Radwege grundsätzlich geprüft wird, ob Radwege als Radfahrstreifen auf der Fahrbahn angelegt werden können und das Prüfungsergebnis dem zuständigen Fachausschuss vorgelegt wird.

Für die SPD-Fraktion:
gez. Ole Thorben Buschhüter